



## *Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und des Thüringer Abgeordnetengesetzes*

### *Gesetzentwurf der Fraktion der AfD*

*- Drucksache 6/780 -*

### **ERSTE BERATUNG**

#### **Vizepräsidentin Jung:**

Der Tagesordnungspunkt 2 wurde von der Tagesordnung abgesetzt und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und des Thüringer Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/780 -

ERSTE BERATUNG

Wünscht die Fraktion der AfD das Wort zur Begründung? Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben das Wort.

#### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Verehrter Landtagsvorstand, meine Damen und Herren, Ende vergangenen Monats hat sich jeder von uns normalen Abgeordneten über etwa 1.000 Euro Nachzahlung auf dem Konto gewundert, manche sogar gefreut. Besondere Abgeordnete, wie zum Beispiel aus dem Landtagsvorstand, die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden, haben sogar noch mehr bekommen. Gewundert bzw. gefreut haben wir normalen Abgeordneten uns auch über ab sofort monatlich 166 Euro mehr Grundentschädigung und viele Euro mehr an Aufwandsentschädigung. Die besonderen Abgeordneten haben sich auch hier über noch mehr gefreut. Dieser Geldsegen wurde uns zuteil, weil Artikel 54 Abs. 2 unserer Verfassung vorschreibt, wie sich unsere Entschädigungen zu verändern, vulgo zu erhöhen haben. Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf – unserem ersten, weitere sollen folgen – im Zusammenhang mit der Abgeordneten- und Fraktionsfinanzierung zunächst die Notbremse ziehen und die Entschädigungen auf dem jetzigen, mehr als auskömmlichen Niveau einfrieren und in der Folge dann die gesamte Finanzierung reformieren und darauf hinarbeiten, dass Abgeordnete wie jeder normale Mensch in diesem Lande bezahlt und finanziell behandelt werden. Genau darum geht es uns und – wenn ich die Protokolle der 3. Wahlperiode richtig verstanden habe – auch zumindest Ihnen von der Linken, damals noch PDS, davor SED.

Artikel 48 Abs. 3 unseres Grundgesetzes schreibt unter anderem vor, dass die Anpassung der Entschädigung durch ein Gesetz erfolgen muss. Das hat viele gute Gründe, denn das Parlament entscheidet in Fragen seiner Bezahlung in eigener Sache. Bei solchen Entscheidungen in eigener Sache müssen sich die Volksvertreter – also wir alle und auch die, die gerade nicht hier drin sind – besonders gründlich auf die Finger schauen lassen. Wer anderes sonst als die Öffentlichkeit sollte Kritik üben und uns dabei beobachten? Auch von Ihnen links – so hört man – soll da einiges kommen in der Zukunft. Wir sind gespannt und freuen uns darauf.

Soweit von Ihnen Vernünftiges kommt – das kann ich von hier aus schon für die AfD versprechen –, werden wir Ihnen gern zustimmen. Wenn heiße Luft kommt, wird das natürlich nicht geschehen. Eines werden wir keinesfalls tun: Wir werden nicht zu lange warten und schnöde Sankt-Florian-Politik betreiben. Wir werden dieses Thema so lange auf die Tagesordnung dieses Landtags setzen, bis Artikel 54 geändert ist, so lange, bis unser aller Flucht aus der Verantwortung beendet, das Indexierungsverfahren abgeschafft und die Entschädigung in einer verantwortungsvollen und öffentlichen Art und Weise unter den Blicken der Bürger entschieden wird.

(Beifall AfD)

Wenn ihr wüsstet, wofür ihr jetzt geklatscht habt – jetzt kommts –: Diese letzten drei Aussagen, verbunden mit der Hoffnung, dass wir nicht nach der egoistischen Maxime handeln „Wasser predigen und Wein trinken“, stammen übrigens nicht von mir und auch nicht von Björn Höcke, sondern von der PDS-Abgeordneten Nitzpon, wie Sie im Protokoll vom 8. Mai 2003 nachlesen können. Also die Frau Nitzpon war der Zeit voraus.

Ich und meine Fraktion sind gespannt, ob Sie jetzt unseren, eigentlich – wir haben es gehört – Ihren, Genossen von der linken Seite, Gesetzentwurf mit einem der üblichen Einwürfe, die von Ihnen kommen – zu kurz gesprungen, zu weit gesprungen, zu früh oder zu spät gemacht, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder aus einer Melange von diesem allen –, ablehnen werden, und damit würden Sie dann natürlich mehrfach wortbrüchig, oder ob Sie Ihren Versprechungen, die Sie jahrzehntelang, 15 Jahre lang Ihren Wählern und Mitgliedern gegeben haben, jetzt folgen, wo Sie die Möglichkeit dazu haben. In diesem Sinne freue ich mich auf eine schöne Debatte. Schönen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der AfD hat sich Abgeordneter Brandner zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Ja, meine Damen und Herren, Frau Marx, ich habe die Aufwandsentschädigung nicht als unangemessen dargestellt. Ich habe gesagt, es wäre mehr als auskömmlich, aber „unangemessen“ habe ich nicht gesagt. Und Sie haben recht, der Job macht mir zumindest hier so viel Spaß, ich würde auch auf die Diäten verzichten, allein nur weil ich immer so einen Spaß habe, hier zu sitzen und Ihren Worten zu lauschen. Aber auch das steht ja in den Gesetzen, darauf verzichten darf ich gar nicht,

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Heuchler!)

und da ich ja ein gesetzestreuer Bürger bin, verzichte ich dann darauf logischerweise auch nicht.

Frau Marx, Sie haben relativ kurz geredet, ich bedanke mich dafür. Ich hoffe, Sie geben mir so ein bisschen Redezeit ab, dann kann ich umso länger reden, denn ich muss Herrn Scherer enttäuschen. Herr Scherer, es ist nicht alles gesagt zu diesem Thema.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Doch!)

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wundere mich schon, wie Sie mit Ihrem Hintergrund hemdsärmlich hier bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung und unser Grundgesetz einfach so beiseite wischen und sagen, dass unser Verfassungsgericht in Thüringen sagt – bestückt von Ihnen mit den dortigen Richtern –: Das ist alles gerade so noch in Ordnung und das ist noch vertretbar. Also so eine krude Argumentation hätte ich von Ihnen nicht erwartet.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das hat Herr Korschewsky gesagt, nicht ich!)

Ja, ja, das war ja noch kruder. Der Herr Ramelow ist leider weg – vorhin sagte er, man müsste nicht jeden Quatsch kommentieren.

Herr Korschewsky, ich muss trotzdem noch zwei, drei Sätze zu Ihnen sagen. Also mit dem, womit Sie sich hier hingestellt haben, da wären Sie, glaube ich, sogar beim unfähigsten Lehrer Ihrer Par-teihochschule durchgefallen. Mit so einer „Argumentation“ sich hier hinzustellen, zu sagen: „Eigentlich sind wir ja schon seit 15 Jahren dafür, aber deshalb stimmen wir jetzt dagegen“, das müssen Sie den Leuten mal erklären, was Sie damit eigentlich wollen.

(Beifall AfD)

Da kommen rechtspopulistische Vorschläge, Sie haben 15 Jahre dasselbe gepredigt – und was war das denn dann? Hatten Sie Rechtspopulisten in Ihren Reihen? Frau Nitzpon? Die kenne ich nicht. Aber es würde mich doch sehr wundern, wenn sich da so faschistische Umtriebe bei Ihnen in der Partei abgespielt haben sollten, die Sie dann 15 Jahre gar nicht gemerkt haben. Das müssen Sie den Leuten mal erklären, wie Sie denen 15 Jahre lang was erzählen und wenn Sie das ändern können, machen Sie das nicht. Das ist die klassische Art eines Politikers, der nicht glaubwürdig ist.

Meine Damen und Herren, mit diesem auch verfassungsändernden Gesetzentwurf wollen wir, dass die automatische Anpassung – also stets Erhöhung – der Entschädigungen, auch Diäten genannt, ab sofort gestoppt wird, eingefroren wird, und danach, da haben Sie mir nicht zugehört, Herr Korschewsky, wird darüber geredet, wie man das vernünftig gestalten kann. Erst mal bringen wir hier die Notbremse rein.

Entschädigung, meine Damen und Herren, ist schon ein eigenartiges Wort in dieser Beziehung. Oder empfindet in diesem Hause irgendjemand sein eigenes Hiersein für sich als Schaden, also als materiellen oder immateriellen Nachteil, den er durch ein Ereignis erlitten hat? Ich sehe keinen, der Ja gesagt hat, also habe ich recht. Dass es sich beim Einzug in den Landtag um ein schädigendes Ereignis handeln soll, erscheint mir auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ja stets heftige Rangeleien und Kämpfe im Vorfeld von Listen- und Kandidatenaufstellungen – ja bitte?

## **Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter Brandner, der Abgeordnete Kobelt würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

## **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Ich mache es gern am Ende, weil ich nicht weiß, wie es sich zeitlich auswirkt, aber immer wieder gern.

Dass es sich um ein schädigendes Ereignis halten soll, kann man kaum glauben, denn sonst wären ja die Kämpfe und Rängeleien im Vorfeld von Listen- und Kandidatenaufstellungen, Sie bei den Grünen kennen das ja auch ganz besonders, nicht erklärbar. Wer kämpft schon dafür, wissentlich einen Schaden zu erleiden?

(Beifall AfD)

Dieser gar nicht vorhandene Schaden, meine Damen und Herren, wird durch Entschädigungen und eine in die Verfassung geschriebene Entschädigungserhöhungsklausel noch versüßt. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Wir greifen hier aus Überzeugung ein Wahlkampfversprechen auf und wollen diesem Selbstbedienungsmechanismus ein Ende bereiten. Das derzeitige Prozedere ist nicht geeignet, angemessene Diäten festzusetzen. Statt mit Medien, Steuerzahlern und Bürgern eine öffentliche Debatte zu führen, werden die Diäten automatisch jedes Jahr angepasst und das heißt seit jeher, erhöht. In diesem Jahr ist die Erhöhung um den höchsten Betrag in diesem Jahrtausend erfolgt, das müssen Sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Unser Gesetzentwurf wird dieses Problem, das Sie auf der linken Seite vor über 15 Jahren bereits erkannt, benannt aber nicht beseitigt haben, lösen. Und Sie können dann auch nach der zweiten Lesung und der Annahme unseres Gesetzes Ihren Verein auflösen. Die derzeitige Höhe von Grund- und Aufwandsentschädigungen wird auf hohem Niveau festgeschrieben. Zukünftige Anpassungen bedürfen ab sofort eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit allem Drum und Dran, vor allem mit öffentlicher Debatte. Unser Entwurf müsste und sollte eigentlich hier im Haus auf eine große Mehrheit stoßen, wenn Sie, vor allem auf der linken Seite, wahrhaftige und wahrheitsliebende und Versprechen haltende Politiker wären und sein sollten. Wir werden sehen.

Sie haben mit einigen erfolglosen Initiativen in den letzten Jahren versucht, diese automatische Diätenerhöhung abzuschaffen. Am 8. Mai 2003 sprach sich Ihre Fraktion vehement für den Vorschlag aus, diesen Automatismus abzuschaffen. Ich zitiere, Herr Korschewsky, vielleicht lassen Sie es sich dann mal auf der Ohrmuschel zergehen: „Der Thüringer Landtag muss sich künftig endlich seiner Verantwortung stellen und nach öffentlicher Debatte im Plenum in Form der Änderung des Abgeordnetengesetzes über eine Veränderung der Diäten entscheiden oder es eben sein lassen.“ So Frau Nitzpon am 8. Mai – historisches Datum – 2003. Heute ist endlich für Sie – links – der Tag gekommen, an dem Sie, zumal in Regierungsverantwortung, Ihren vielen Worten konkrete Taten folgen lassen und Ihre Zusagen und Versprechen einlösen können. Sie können nun dem Ihnen anhaftenden Eindruck, dass Sie stets und ausschließlich ideologisch fehlgeleitet agieren und agitieren, ein Ende bereiten, indem Sie das jetzt halten, was Sie seit 15 Jahren versprechen.

Bis jetzt orientiert sich die Veränderung der Grunddiäten an der Einkommensentwicklung, die der steuerfreien Aufwandsentschädigung an der Preisentwicklung im Freistaat Thüringen. Das geht transparent, Herr Scherer, wie folgt: Das Landesamt für Statistik ermittelt einen Index aus

Verdiensten, Tarifverträgen, Beamtenbesoldung und ALG II und einen Index zur Preisentwicklung. Auf Grundlage des so wie auch immer Errechneten unterrichtet dann der Präsident des Landtags die Abgeordneten in einer Drucksache über die Anpassung der Entschädigung. Die Bürger sollen dann durch eine Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt informiert werden, aber das kennt und liest sowieso keiner. Zuletzt gab die Drucksache 6/681 Auskunft über die Erhöhung der Diäten. Es gibt nun seit Anfang des Jahres 5.200 Euro brutto und zwischen 1.900 und 2.700 Euro netto. Besondere Abgeordnete wie die aus dem Landtagsvorstand und die vorhin genannten erhalten deutlich mehr. Soweit die weitgehend intransparenten Termini technici, die man wie folgt zusammenfassen kann: Das Parlament – also wir – verstecken unsere automatischen jährlich wiederkehrenden Diätenerhöhungen in einem Dschungel aus Drucksachen, Gesetz- und Verordnungsblatt und Indizes. Das Parlament entzieht sich somit der öffentlichen Debatte und drückt sich davor, über den Wert seiner Arbeit – den man ja hier sehen kann, oder? –

(Beifall AfD)

Rechenschaft abzulegen. In dem Zusammenhang gibt es gleich zwei kritikwürdige Sachverhalte, nämlich zum einen die automatische Anpassung überhaupt.

### **Vizepräsidentin Jung:**

Ich bitte einfach, dem Redner zu folgen und um etwas mehr Ruhe.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Niemals, niemals!)

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Brandner hat jetzt das Wort und ich bitte einfach, den Geräuschpegel in diesem Raum zu senken.

### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Wir kommen gerade zum Wert der parlamentarischen Arbeit, meine Damen und Herren. Ich hatte gesagt, zwei kritikwürdige Punkte: automatische Anpassung und dass es ohne Debatte erfolgt. Nirgendwo sonst, meine Damen und Herren, gibt es so etwas. Will ein normaler Arbeitnehmer mehr Geld, muss er dies begründen, verhandeln, immer öfter auch erstreiken.

Frau Marx, man hat gerade bei Ihnen gemerkt, wie Sie sich so ein bisschen vom normalen Volk abgehoben haben. Was Sie hier dargestellt haben mit den denkbaren Problemen, die entstehen, wenn Sie mit dem Finanzamt zu tun haben könnten, damit muss jeder Mensch draußen jeden Tag zurechtkommen. Der kann nicht sagen, ich möchte erst mal mehr Netto, dann brauche ich keine Steuererklärung zu machen. Der muss jede einzelne – Sie haben es Betriebskosten genannt, ich nenne es Werbungskosten oder Betriebsausgaben – Ausgabe nachweisen, und warum sollen wir das nicht auch tun müssen? Sind wir andere, bessere Menschen? Das ist doch nicht verständlich.

(Beifall AfD)

Wie viel Kraft kostet es normale Menschen, die keine Abgeordneten sind, höhere Löhne zu erhalten? Herr Ramelow ist leider nicht da, der kennt sich da aus. Denken Sie an die teilweise langen Streiks in letzter Zeit, Kindertagespflege, Post, Bahn, Flugbegleiter, Piloten, alle mussten streiken, was Grund und Höhe ihrer Forderungen angeht. Sie mussten sich der Öffentlichkeit stellen und von den Betroffenen beschimpfen lassen und sogar die Politik, die hier sitzt, hat die Leute gemäßregelt und sich angemaßt, da einzugreifen und zu sagen, also streiken geht gar nicht, das ist unangenehm für die Leute draußen, lasst das mal sein – die Politik, die sich damit gar nicht

auseinandersetzen muss, weil sie eine in die Verfassung geschriebene automatische Erhöhung bekommt. Das geht so nicht, das kann man draußen nicht vermitteln.

(Beifall AfD)

2014 gab es über 200 Tarifkonflikte, 400.000 Ausfalltage. Hier im Landtag gab es keinen Tarifkonflikt und nur einen Ausfalltag – Freitag, glaube ich, ansonsten nichts.

Meine Damen und Herren, wir als Abgeordnete sind auch Arbeitnehmer im weitesten Sinne. Unser Arbeitgeber ist das Volk. Wir müssen uns darum kümmern, dass wir das, was wir uns zubilligen, auch draußen vertreten können. Wenn wir mehr Geld haben wollen, dann müssen wir mit dem Volk reden und können uns nicht hinter der Verfassung verstecken. Nichts anderes beabsichtigen wir hier durchzusetzen.

Aus unserer Sicht – ich hatte darauf hingewiesen – ist diese indexierte Entschädigungsanpassung verfassungswidrig, im Hinblick auf das Grundgesetz und im Hinblick auf den Freistaat Thüringen verfassungswidriges Verfassungsrecht. Man wird sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt.

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, nur die Öffentlichkeit, von den Medien begleitet, schafft ein Bewusstsein für die Bürger und die notwendige Kontrolle. Diese notwendige Kontrolle ist nicht gegeben, wenn wir an diesem Index festhalten und dieses intransparente Dschungelgehabe in den nächsten Jahren fortsetzen. Jede Veränderung in der Höhe der Entschädigung muss im Plenum diskutiert werden und vor den Augen der Öffentlichkeit muss Rechenschaft abgelegt werden. Eine Verkündung – das hat schon ein bisschen was Religiöses – in einem Gesetzblatt reicht auch nicht aus, es muss ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren stattfinden. Das hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig klargestellt.

Meine Damen und Herren, der Index ist aber auch ungerecht, weil er sich an den durchschnittlichen Einkommen orientiert, das heißt, wir lassen diejenigen, die unterdurchschnittlich verdienen, immer weiter hinter uns. 3,3 Prozent wurden uns gegönnt in diesem Jahr, das gesamte Dienstleistungsgewerbe hatte nur eine Steigerung von 2,8 Prozent zu verzeichnen. Es gab sogar einzelne Gewerke, die Einbußen hinnehmen mussten. Wir orientieren uns am Durchschnitt und sind dann, wenn sich die Leute draußen im Rahmen eines Streiks höhere Löhne erkämpft haben, nichts anderes als billige Trittbrettfahrer, denn diese höheren Löhne draußen erhöhen den Durchschnitt und füllen uns die Taschen. Das ist ebenfalls ungerecht, das macht man nicht, das ist unfair gegenüber den Menschen draußen.

(Beifall AfD)

Auch die absoluten Zahlen sprechen gegen uns. Im Jahr 2000 waren es rund 3.900 Euro Diäten, jetzt sind es 5.200 Euro. Das mag man prozentual, 30 Prozent, vertreten können oder gut finden, aber wenn man auf den absoluten Betrag guckt, 1.300 Euro mehr, das ist schon mehr, als die Leute draußen teilweise Vollzeit in einem ganzen Job verdienen. Also, wir haben uns in den letzten zehn, zwölf, 13 Jahren einfach ein neues Gehalt obendrauf gelegt – auch das ist sehr schwer vermittelbar.

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf löst alle diese Probleme kurzfristig. Ihren Verein können Sie auflösen, sich die Vereinsarbeit sparen und in effektivere Arbeit stecken. Deshalb bitte ich hier um Zustimmung.

Schließlich, was den Artikel 105 a angeht, da müsste eigentlich jeder von Ihnen zustimmen, weil

der schlicht überflüssig ist. Und Überflüssiges durch Zeitablauf in der Verfassung brauchen wir nicht.

Deshalb, zusammenfassend – Ende der Redezeit, Punktlandung –, bitte ich Sie zumindest um Zustimmung zur Überweisung an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter Kobelt, die Redezeit ist zu Ende, Sie können die Frage nicht mehr stellen. Sie haben aber keine Redezeit mehr zum Antworten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Also, er kann fragen und Sie nicht antworten!)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.